

(Auszug aus den)

Beschlüssen Nr. 332 - 382

der 16. ordentlichen, öffentlichen Sitzung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am 21.05.2003

Drucksache Nr. 566/II

Antrag der CDU-Fraktion
Mobilfunkanlagen
sowie Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Umwelt

Beschluss Nr. 381

Die BVV hat beschlossen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsumweltverwaltung dafür einzusetzen, dass diese alle erforderlichen Schritte unternimmt, damit:

1. die diversen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien über die Auswirkung elektromagnetischer Strahlung durch Mobilfunksendeanlagen abgefragt und zusammengestellt werden.
2. die von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erhobenen Meßwerte abgefragt und zusammengestellt werden.
3. im Rahmen des Erforderlichen zusätzliche Forschungsprogramme beauftragt werden

und die Öffentlichkeit umfassend über die bestehenden Grenzwerte, das Verfahren und die aktuellen Erkenntnisse unterrichtet wird.

Bezirksverordnetenvorsteher

21.05.2003

Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung

1. Gegenstand der Vorlage: Beschluss Nr. 381
 Drs. Nr. 566 der BVV Steglitz-Zehlendorf vom 21.05.03
 betreffend Mobilfunkanlagen

2. Berichterstatterin: Bezirksstadträtin Otto

3. Die Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf hat in ihrer Sitzung am 21.5.03 unter Beschluss Nr. 381 folgendes beschlossen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsumweltverwaltung dafür einzusetzen, dass diese alle erforderlichen Schritte unternimmt, damit:

1. die diversen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien über die Auswirkung elektromagnetischer Strahlung durch Mobilfunksendeanlagen abgefragt und zusammengestellt werden.
2. die von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erhobenen Meßwerte abgefragt und zusammengestellt werden.
3. im Rahmen des Erforderlichen zusätzliche Forschungsprogramme beauftragt werden und die Öffentlichkeit umfassend über die bestehenden Grenzwerte, das Verfahren und die aktuellen Erkenntnisse unterrichtet wird.

„Das Bezirksamt hat sich daraufhin an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gewandt. In ihrer Antwort teilt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit:

„Zu 1.:

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit veranlasste eine Prüfung der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien über die Auswirkungen elektromagnetischer Felder durch die Strahlenschutzkommission (SSK). Diese hat im September 2001 ihre Empfehlungen veröffentlicht. Solche Prüfungen der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien sind in regelmäßigen Abständen vorgesehen. Ab dem Jahr 2006 ist mit Ergebnissen der von der WHO beauftragten Untersuchungen zu rechnen.

Es existieren bereits im Internet Datenbanken über wissenschaftliche Publikationen, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich sind. So z. B. bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über <http://www-nt.who.int/peh-emf/emfstudies/database.cfm> oder die Wissensbasierte Literaturdatenbank des Forschungszentrum für Elektro-Magnetische Umweltverträglichkeit an der RWTH Aachen über <http://wbladb.femu.rwth-aachen.de/index.php3>. Auch auf den Internetseiten des Bundesamtes für Strahlenschutz (<http://www.bfs.de>) und der deutschen Strahlenschutzkommission (<http://www.ssk.de>) sind Informationen, Auswertungen wissenschaftlicher Literatur und Empfehlungen zum Thema Mobilfunk vorhanden.

Zu 2.:

Die Ergebnisse der bisherigen Messaktionen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und der jetzt jährlich durchgeführten Messungen sind auf den Internetseiten der Reg TP unter http://www.regtp.de/tech_reg_tele/start/fs_06.html, Technische Regulierung Telekommunikation, EMVU, EMF-Messreihen und später in der kartographischen Standortdatenbank einsehbar.

Zu 3.:

Die Bundesregierung, die Strahlenschutzkommission und auch der Senat von Berlin halten es für notwendig, die Kenntnisse über mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen durch weitere Forschung zu verbessern. Schon in einer Verlautbarung der Bundesregierung zu „Vorsorgemaßnahmen im Bereich Mobilfunk“ vom 10.12.2001 wurde mitgeteilt, dass im Zeitraum 2002 bis 2005 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 8,5 Millionen Euro sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 5 Millionen Euro für Forschungen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung 7 Millionen Euro für eine gezielte Initiative zur Förderung emissionsmindernder Technologien bei Mobilfunksystemen zur Verfügung stellen. Informationen zum Forschungsprogramm und den Untersuchungsthemen sind unter http://www.bfs.de/elektro/forsch_mobil/programm.html abgelegt.


Die für den Umweltschutz zuständige Senatsverwaltung wird, soweit es die Haushaltsrestriktionen zulassen, auf ihren Internetseiten das seit Jahren bestehende Angebot zum Thema Elektromagnetische Felder, hier zu den Feldern der technischen Energieversorgung im digitalen Umweltatlas


(<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/i805.htm>), um Aspekte zum Mobilfunk erweitern und z. B. die Zuständigkeiten im Land Berlin, die 26. BImSchVO, Links zur BEMFV (Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder vom 20. August 2002, BGBl. 1, S. 3366-3371), zu den Internetthemen der Strahlenschutzkommission, zum Bundesamt für Strahlenschutz, zum Umweltgutachten 2002 des Sachverständigenrates einarbeiten.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Abteilung Integrativer Umweltschutz der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung keine darüber hinausgehende gesonderte Öffentlichkeitsarbeit betreibt.“

Da das genannte Schreiben der Senatsverwaltung eine große Zahl von Internetressourcen anspricht, beabsichtigt das Bezirksamt, diese Hinweise auch über die Internetseite des Umweltamtes: www.steglitz-zehlendorf.de/umweltamt zugänglich zu machen.

Wir bitten, den Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung damit als erledigt anzusehen.


Weber
Bezirksbürgermeister


Otto
Bezirksstadträtin